

Pressemitteilung 28/2017

Halle (Saale), den 6. Juli 2017

Politiker sind mitverantwortlich für Ausfallrisiko ihres Staates

Investoren gehen von höheren Ausfallrisiken aus, wenn ein Land politisch instabil ist oder von einer Partei regiert wird, die am linken bzw. rechten Rand des Parteienspektrums angesiedelt ist. Je demokratischer aber der Staat und je stärker er in die Weltwirtschaft eingebunden ist, desto geringer ist auch der Einfluss dieser politischen Faktoren, fand Stefan Eichler vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) heraus.

Nicht selten haben staatliche Zahlungsausfälle politische Ursachen. Denn die tatsächliche Rückzahlung von Staatsschulden entscheidet letztendlich immer die einheimische Regierung. So drohte beispielsweise 2015 die griechische Regierung offen mit Zahlungsausfall, sollte eine Tranche des Hilfspakets nicht ausgezahlt werden. Ob eine Regierung also willig ist, ihre Schulden zu bezahlen, spielt daher eine entscheidende Rolle für das Risiko eines staatlichen Zahlungsausfalls. Ob und inwieweit auch Anleiheinvestoren politische Faktoren als bestimmend für das staatliche Ausfallrisiko betrachten, damit beschäftigte sich Ökonom Stefan Eichler. Anhand der Risikoprämien auf Staatsanleihen von 27 Schwellen- und Entwicklungsländern in den Jahren von 1999 bis 2009 untersuchte er den Einfluss verschiedener politischer Faktoren auf das von Investoren wahrgenommene Ausfallrisiko.

Studien, die sich mit dem Ausfallrisiko von Staaten beschäftigen, sehen in der Regel die ökonomischen und finanziellen Faktoren als bestimmend an. Die wenigen Studien, die sich mit der politischen Dimension beschäftigen, untersuchen das Ausfallrisiko anhand der Bewertung von Ratingagenturen. „Staatliche Kreditratings sind aber in vielerlei Hinsicht eine Black Box, denn sie sind wenig transparent“, erklärt Eichler. Er untersuchte die Wahrnehmung der Investoren daher anhand der Effektivzinsen von Staatsanleihen.

„Für Investoren spielt zunächst die politische Ideologie der Regierung eine entscheidende Rolle. Staaten mit Links- oder Rechtsregierungen leiden unter signifikant höheren staatlichen Ausfallrisiken als Länder mit Zentrumsregierungen. Linksregierungen müssen durchschnittlich 2,6% höhere Risikoaufschläge zahlen als Zentrumsregierungen, bei Rechtsregierungen sind es sogar 3,9% mehr – denn Investoren müssen sowohl bei linken als auch rechten Regierungen stärker mit ideologisch motivierten Zahlungsausfällen rechnen“, so Eichler.

Auch die politische Stabilität schlägt sich in den Zinsen nieder. Je stabiler ein Land ist, desto geringer sind die Effektivzinsen, die es für Kredite bezahlen muss. Ein um zwei Punkte höherer Index für politische Stabilität reduziert den Risikoaufschlag um 6,6%.

Sperrfrist
6. Juli 2017, 12:00 Uhr

Pressekontakt
Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Stefan Eichler
Tel +49 345 7753 807
ser@iwh-halle.de

Schlagwörter
staatliches Ausfallrisiko, staatliche Zahlungsausfälle, Staatsschulden, politische Ideologie und Stabilität

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

„Das entspricht beispielsweise dem Unterschied zwischen dem stabilen Chile und dem krisengeschüttelten Venezuela“, macht der Forscher deutlich. „Politische Stabilität erhöht für die Investoren die Sicherheit, dass sich ein Staat an die Staatsschulden der Vorgängerregierung gebunden fühlt.“ In politisch instabilen Staaten fällt es Investoren dagegen schwer, die Vorstellungen und Kompetenzen der neuen Regierung einzuschätzen.

Die Effekte von Ideologie und politischer Stabilität auf die staatlichen Ausfallrisiken werden aber wiederum durch andere Faktoren mitbestimmt: den Grad an Demokratie und die Einbindung in den internationalen Handel. In demokratischen Staaten spielt die politische Stabilität eine weniger tragende Rolle. „Dort besteht in der Regel Einigkeit darüber, dass fiskalische Verpflichtungen eingehalten werden müssen – und zwar über alle politischen Lager hinweg“, deutet Eichler die Ergebnisse.

Engagiert sich ein Land außerdem kaum im Außenhandel, ist das Ausfallrisiko ebenfalls deutlich stärker von Wahlzyklen, politischer Ideologie und Stabilität abhängig. „Der Außenhandel erhöht in den Augen der Investoren die politische Zahlungswilligkeit. Denn sie vermuten, dass Staaten, die stark in die Weltwirtschaft eingebunden sind, auch stärker darunter leiden, wenn ihre internationale Finanzierung eingeschränkt wird. Bei der aktuellen Debatte über das Für und Wider der Globalisierung sollten wir das bedenken. Ein globalisierter Staat genießt mehr Vertrauen und wirkt von außen deutlich widerstandsfähiger“, so Eichler.

Veröffentlichungen

Eichler, Stefan; Plaga, P.: The Political Determinants of Government Bond Holdings, in: [IWH Discussion Papers](#), 14/2016.

Eichler, Stefan: [Politische Determinanten staatlicher Ausfallrisiken](#), in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 23 (2), 2017, 29-32.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor. Dr. Stefan Eichler
Tel +49 345 7753 807
stefan.eichler@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

 [Das IWH auf Twitter](#)

 [Das IWH auf Facebook](#)

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 91 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.